

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Christine Kamm

Abg. Claudia Stamm

Abg. Carolina Trautner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Steffen Vogel

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Staatsministerin Emilia Müller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

"Familienland Bayern?"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslose Abgeordnete Claudia Stamm kann bis zu zwei Minuten sprechen. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, weitere fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Bitte sehr.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Aller guten Dinge sind drei! Drei Abgeordnete der FREIEN WÄHLER hintereinander – das ist doch was.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Familienland Bayern" – diesen Begriff haben wir der Homepage der Regierungspartei entnommen. Allerdings findet sich dort nicht das Fragezeichen, das wir dahinter setzen. Im Übrigen ist gleich auf Ihrer ersten Seite ein Rechtschreibfehler. Das sollten Sie vielleicht vermeiden – oder aber Sie sind so modern, dass Sie die ganz moderne englische Rechtschreibung anwenden. Das weiß ich natürlich nicht.

Es geht – das möchte ich dieser Aktuellen Stunde ganz klar voranstellen – nicht um ein Schlechtreden. Es geht um das Optimieren. Vielleicht ist ja die Regierungspartei so gnädig,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

sich die Vorschläge der Opposition anzuhören.

Zunächst einmal loben Sie auf Ihrer Website – ganz klar – das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld. Sie wissen: Beim Landeserziehungsgeld sind die FREIEN WÄHLER voll dabei. Es ist sicher eine wertvolle Ergänzung des Elterngeldes und ganz wichtig, um überhaupt eine Familie gründen zu können. Sie werden nachher sicher in einer Debatte bringen, wie toll das Betreuungsgeld ist. Sie wissen: Wir gehen da nicht mit. Nach wie vor gilt das Beispiel einer vollen Trambahn. Jeder fährt mit der Trambahn, und Sie sagen, sie ist deswegen so voll und so gut genutzt, weil sie umsonst ist. Die Leute würden aber auch fahren, wenn sie etwas zahlen müssten, wenn es etwas kosten würde. Deswegen hinkt das Beispiel. Dass das Betreuungsgeld so angenommen wird, heißt nicht, dass es Wahlfreiheit bedeutet, wie Sie betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Fragezeichen betrachten wir als Vier-Punkte-Programm. Wir sehen erstens mit Sorge die Armutsgefährdung von kinderreichen Familien und Alleinerziehenden. Wir sehen zweitens, dass hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch sehr viel getan werden muss, auch in Bayern. Wir sehen drittens nach wie vor, dass das Kinderkriegen aufgrund der Hebammenproblematik fast nicht mehr möglich ist. Als vierten Punkt beleuchten wir – das wird Kollegin Gabi Schmidt machen – die Kosten eines Kindes, die sich fast nur noch Wohlhabende leisten können.

Die Armutsgefährdung ist durch den Sozialbericht bestätigt. Familien mit drei oder mehr Kindern, nämlich 15,4 %, sind inzwischen armutsgefährdet. Noch schlimmer ist es bei Alleinerziehenden. Diese sind die tragische Spitzengruppe. 36,7 % der Alleiner-

ziehenden sind armutsgefährdet. Von der weiblichen Altersarmut speziell und auch in Bayern möchte ich jetzt gar nicht sprechen. Wir sind froh, dass es inzwischen für Mütter die zwei Rentenpunkte gibt, und zwar auch durch Mitwirkung der FREIEN WÄHLER. Wir fordern nach wie vor den dritten Rentenpunkt,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

aber wir finden ihn nicht in Ihrem Wahlprogramm. Man könnte natürlich sagen: Es ist nicht wichtig, ob es im Wahlprogramm steht oder nicht, Wahlprogramme werden sowieso nicht verwirklicht. In diesem Falle ist es aber vielleicht umgekehrt. Es steht nicht dort, aber Sie machen es trotzdem. Der dritte Rentenpunkt für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, ist äußerst wichtig; das wissen Sie. Es ist eine Schande, dass er immer noch nicht verwirklicht ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Natürlich loben Sie auf Ihrer Familienland-Bayern-Homepage, wie toll die Steigerung ist. Das stimmt. Sie gehen aber von einem ganz niedrigen Niveau aus. Sie haben nämlich jahrelang gesagt: Wir in Bayern brauchen das nicht; unsere Mütter sind zu Hause. Nun sind Sie überrascht, dass inzwischen in jedem Dorf eine Kinderkrippe ist, weil auch die Mütter berufstätig sein und ihre Kinder trotzdem gut erziehen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen gibt es natürlich auch hier einen großen Nachholbedarf. Heute haben wir in der Regierungserklärung von der Digitalisierung gehört. Diese ist wichtig, weil es ein wichtiger Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, wenn man zu Hause arbeiten kann. Dies kann man nur mit einem schnellen Internet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich ist es natürlich so, dass das Kinderkriegen der Beginn einer Familie ist. Eine Familie entsteht durch ein Kind. Ein Kind kann man in Bayern fast nicht mehr unproblematisch bekommen. Der Hebammenberuf stirbt fast aus bzw. die Hebammen wären zwar da, sind aber nicht mehr berufstätig. Wir fordern einen Haftungsfreistellungsfonds.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern ein Förderprogramm für Hebammen. Wir fordern eine angemessene Bezahlung.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Nein, Herr Kollege Freller, das sind keine Fantasien. Ich habe vier Kinder, und ich kenne genügend Leute, die Kinder haben. Jetzt muss man vielleicht 50 Kilometer fahren, weil die Geburtsstation vor Ort schließt, da sie unter 400 Geburten hat, was jahrzehntelang korrekt war. Wir wissen, dass eine Geburt immer eine Gratwanderung zwischen einem natürlichen Vorgang und einem schwierigen, komplikationsreichen Vorgang ist. Zunächst ist daher die Hebamme vor Ort erforderlich; ein Arzt ist zunächst nicht notwendig. Für eine Frau ist es mit das Wichtigste zu wissen, dass in diesen schweren Stunden eine Hebamme vor Ort ist. Das sind auch dann schwere Stunden, wenn der Mann daneben steht und Händchen hält. Eine Hebamme ist erforderlich. Sie tun aber nichts dafür, dass dies möglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, bitte beachten Sie die Redezeit.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich wäre so weit. Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. – Als Nächster hat Kollege Unterländer für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Lieber Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines möchte ich zunächst einmal klarstellen: Die Anerkennung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht für Geburten vor 1992 ist nicht das Verdienst der FREIEN WÄHLER – sie waren bei den Verhandlungen auf Bundesebene gar nicht dabei –, sondern in erster Linie das Verdienst der CSU und des Ministerpräsidenten Horst Seehofer und der Ministerin Emilia Müller.

(Beifall bei der CSU)

Das mache ich deutlich. Vor diesem Hintergrund wird im Bayernplan das dritte Jahr weiterhin gefordert und in die Verhandlungen eingebracht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Und durchgesetzt!)

Für uns ist das völlig klar. – Wenn der Ministerpräsident sagt, es wird durchgesetzt, dann bin ich mir ganz sicher, dass es auch durchgesetzt wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann wird zumindest darüber gesprochen!)

Damit wird eine noch vorhandene Gerechtigkeitslücke tatsächlich geschlossen. Das ist auch notwendig; das sind wir den Müttern, die unser Land und unsere Familien aufgebaut und gesichert haben, auch schuldig, meine Damen und Herren.

Gestatten Sie mir, auf die Familienpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion einzugehen. Wir haben vier wesentliche Säulen, die über Jahrzehnte hinweg dazu geführt haben, dass Bayern in der Tat das Familienland Nummer eins ist – Sie versehen das in der Aktuellen Stunde mit einem Fragezeichen. Wir investieren nicht nur viel Geld in und für und mit Familien, sondern für uns gehört Familienpolitik zu den vorrangigen Prioritäten in der gesamten Politik im Freistaat Bayern. Das sind wir den Familien in den unterschiedlichen Formen und Lebenssituatio-

nen entsprechend ihrer Lebensqualität auch schuldig. Diese Politik werden wir weiterbetreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Eine der Säulen ist die Stärkung im Familienlastenausgleich hin zu einem Leistungsausgleich, was die finanzielle Verbesserung anbelangt. Die Schlagworte dazu sind schon genannt worden, nämlich zum Beispiel das Landeserziehungsgeld, vor allen Dingen auch das Betreuungsgeld, das ich noch einmal nennen darf. Wenn 175.000 Menschen in Bayern definitiv einen Antrag stellen und dieser genehmigt wird, ist dies ein klares Ja der Familien in Bayern zum Betreuungsgeld und auch dazu, dass sie ihren Lebensentwurf selbst gestalten wollen und ihn sich nicht von der Politik vorschreiben lassen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus ist natürlich, Frau Kollegin Gottstein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentlicher Punkt. Der Pakt für Familien, der zwischen Staatsregierung und Arbeitgebern geschlossen worden ist, ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Wir werden in dieser Richtung aber auch noch weitere Schritte tun. Innovation ist notwendig. Ich sage Ihnen aber eines: In der familienpolitischen Diskussion ist es erforderlich, mehr Augenmerk darauf zu legen, was den Familien besonders wichtig ist, nämlich mehr Zeit füreinander und eine höhere Zeitsouveränität zu haben. Dies hat sehr hohe Priorität, und wir müssen es auch im Zusammenhang mit dem Bericht zur sozialen Lage sehen.

Zum Dritten sind der weitere Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen – darauf wird der Kollege Vogel noch eingehen –, die Infrastruktur für Familien, Wohnen und Eigentum sowie die Stärkung der Institutionen in den Kommunen wichtig. Wir brauchen familienfreundliche Kommunen stärker denn je; denn dort spielt sich die Lebenswirklichkeit von Familien mit Kindern ab. Wir haben vor allem bei Mehrkinderfamilien und Alleinerziehenden großen Handlungsbedarf, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch das Programm ansprechen, das CDU und CSU für die Bundestagswahl miteinander beschlossen haben. Darin hat die Familienpolitik ganz hohe Priorität. Der Ausbau des Kindergeldes und die Gleichstellung beim Kinderfreibetrag sowie der Ausbau des familienfreundlichen Wohnens – all dies sind Dinge, die den Familien im Freistaat Bayern und in Deutschland unheimlich helfen werden. Deshalb haben wir zu Recht den Anspruch, Familienland Nummer eins in Deutschland zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegin Rauscher für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend war ich auf dem Jahresempfang der Erzdiözese München und Freising und hatte das Vergnügen, mit einigen Vätern und Müttern, einige davon CSU-Mitglieder, an einem Tisch zu sitzen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Es ging – siehe da! – um Familienpolitik, und ich wurde ermuntert, heute im Rahmen der Aktuellen Stunde doch deutlich auf die rückständige Familienpolitik der Bayerischen Staatsregierung hinzuweisen – und das von CSU-Mitgliedern!

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Fahren Sie mal nach Berlin!)

Zum Thema Betreuungsgeld wurde formuliert, dass dessen Einführung eine Beleidigung des IQ gewesen sei. Das kam – fast im O-Ton – sogar aus dem Munde von CSU-Mitgliedern.

Die FREIEN WÄHLER haben uns heute mit der Frage "Familienland Bayern?" ermöglicht, hier im Hohen Hause nochmals über Familienpolitik zu sprechen. Für die SPD ist die Antwort darauf: leider nein. Die SPD zeigt der Staatsregierung hinsichtlich Famili-

enpolitik die Rote Karte. Wenn es nicht für alle Familien in unserem Land so traurig wäre, wäre es schon fast ermutigend, dass die CSU dies endlich auch einsieht; denn wenn man sich ihr neues Wahlprogramm so ansieht, bemerkt man: Auch Sie haben erkannt, dass es noch einiges zu tun gibt. So schnell können also Seifenblasen zerplatzen, wenn die Realität die Traumwelten einholt.

Land für Familien – dazu würde ich sagen: Nein, Familienland hinsichtlich der vielen Familien, die in unserem Land leben: Ja. In Bayern werden aber auch gerade Familien viel zu oft abgehängt. Fast 400.000 Kinder und Jugendliche sind in Bayern von Armut bedroht, genauso wie ihre Familien. Das Schlimmste daran ist: Die Zahlen steigen, die Armut nimmt zu statt ab. Gerade Mütter haben am Arbeitsmarkt das Nachsehen. Ganze 85 % der Familien sagen: Beruf und Familie lassen sich in Bayern nicht gut vereinbaren. Der Teilzeit-Anteil von Müttern liegt bei 75,8 %. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

Eine partnerschaftliche Aufgabenteilung, die sich gerade junge Frauen und Männer wünschen würden, ist Mangelware, genauso wie die Möglichkeit für Frauen, sich gegen Altersarmut abzusichern. Das hat eben auch strukturelle Gründe. Unterstützung durch Kitas: oftmals Fehlanzeige. Allein im Krippenbereich fehlen annähernd 33.000 Plätze, und auch im Kindergarten und in Grundschulen sieht es zum Teil zappenduster aus.

(Reserl Sem (CSU): Ei, ei, ei!)

Gerade jetzt, vor den Sommerferien, suchen Familien verzweifelt nach einem Betreuungsplatz und finden keinen; und Sie behaupten allen Ernstes, die Lage in Bayern sei spitze. Haben Sie überhaupt eine Vorstellung davon, wie sich Eltern fühlen müssen, wenn sie das hören? Das ist blanker Hohn!

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrem Realitätsverlust helfen Sie Familien kein bisschen – wirklich kein bisschen –, gerade dann nicht, wenn sie und ihre Kinder es am nötigsten haben. Von der Qualität und den Rahmenbedingungen in Kitas wollen wir gar nicht erst sprechen. Seit über drei Jahren verweigert die CSU-Fraktion hier im Hohen Haus konsequent jeden Vorschlag, der eine Verbesserung der Qualität und der Rahmenbedingungen in den Kitas mit sich bringen würde.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern hat Geld in die Hand genommen. Aber Bayern hatte beim Ausbau der Kindertagesbetreuung doch einigen Nachholbedarf. Von einer Vorreiterrolle können wir hier im Hinblick auf das Wohl der Kinder und Erzieher und Pädagogen, die täglich das Beste geben, nur träumen. Bayern ist also nicht an der Spitze, Bayern ist lediglich im Mittelfeld. Beratungsangebote für Familien gibt es nur in Ballungsgebieten, und keine andere Gruppe klagt so häufig über Probleme wegen der Wohnungssituation. Das ist die traurige Realität für Familien in unserem Land.

Was hat die Staatsregierung getan, damit die Situation für die Familien, für Mütter und Väter und vor allem für die Kinder in unserem Land besser wird? Seit über dreieinhalb Jahren ist schlicht nichts für Familien passiert. Das ist zumindest die Zeit, auf die ich als Abgeordnete hier im Hohen Haus zurückblicken kann. Anträge wurden abgelehnt und wichtige Verbesserungen systematisch verhindert. Das ist das Einzige, das Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, für Familien getan haben. Danke für nichts – das ist wohl die Antwort, die Sie darauf verdienen.

Aber pünktlich zum Wahljahr entdeckt die CSU, dass es Familien gibt, die man mit Milliarden geschenken überschütten könnte. Auf einmal entdecken Sie, dass der Staat Familien mehr Zeit für das Familienleben ermöglichen muss. Wo war denn diese Einsicht, als Sie den Vorschlag einer Familienarbeitszeit abgelehnt haben? Auf einmal entdecken Sie, dass es berufstätigen Eltern möglich sein muss, aus der Teilzeitfalle auszubrechen und in Vollzeit zurückzukehren. Wo war die Einsicht, als Sie sowohl im Bundestag als auch im Landtag ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit abgelehnt haben?

Jetzt heißt es, es braucht mehr Angebote, um einen guten Wiedereinstieg nach der Elternzeit hinzubekommen.

Vor nicht einmal einem Monat haben wir über genau diesen Vorschlag diskutiert, und Sie haben wieder abgelehnt, weil das ja so unnötig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage mich schon, ob Sie wirklich denken, dass die bayerischen Familien dieses traurige Schauspiel, das Sie hier abziehen, nicht durchschauen. Wofür sind Sie eigentlich hier? Sie schwingen den ganzen Tag nur blumige Reden, vor allem im Wahlkampf,

(Beifall bei der SPD)

loben sich selbst über den grünen Klee und lassen all jene sang- und klanglos im Regen stehen, die auf eine wirklich gute Familienpolitik angewiesen sind. Sehen Sie der Realität in die Augen!

Zu all den Aspekten, die jetzt als große Neuigkeit in Ihrem Wahlprogramm auftauchen, gibt es seit Jahren Diskussionen. Die SPD hat zu jedem einzelnen Punkt mehrfach Anträge eingebracht. Hier eine kleine Auswahl: Anträge zur Qualitätssteigerung in Kindertageseinrichtungen, eine Offensive für bessere Rahmenbedingungen und mehr Personal, Forderungen nach flexiblen Betreuungsangeboten für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Anträge zur Lohngerechtigkeit, für gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen und einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt, Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten, zum Beispiel hinsichtlich der Abschaffung der Kita-Gebühren, um freien Zugang zu Bildung zu gewährleisten, oder die Forderung nach Abschaffung der Zuzahlung für Schulbücher und Schulwegkosten, mehr Unterstützung durch Familien- und Pflegeberatung und haushaltsnahe Dienste, Maßnahmen gegen Armut, Forderung von speziellen Angeboten für Familien mit chronisch kranken Kindern oder mit Kindern mit Behinderung und, und, und. Alle Vorstöße hat die CSU-Fraktion abgelehnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einfach nur unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind doch genau diejenigen, die es mit Ihrer Mehrheit in der Hand hätten. Passiert ist aber so gut wie nichts. Auf Bundesebene wurde zum Glück einiges angestoßen, aber nicht deshalb, weil CDU und CSU dort die maßgeblichen Vorantreiber gewesen wären, sondern weil die SPD mit Manuela Schwesig und jetzt mit Katarina Barley starke Kämpferinnen für die Familie hat. Bei uns haben Kinder und Familien wirklich Gewicht.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat all diese Fortschritte angestoßen, die Sie heute als Ihre Errungenschaften anpreisen. Das sind klassische Fake News. Das ElterngeldPlus ist eine SPD-Initiative. Die Lohngerechtigkeit durch Transparenz ist eine SPD-Initiative. Die Reform des Mutterschutzes ist ein SPD-Vorschlag. Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss sind ein SPD-Vorschlag wie die Finanzspritzen für den Kita-Ausbau. Das alles sind Vorschläge der SPD.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Koalition!)

– Liebe CSU, und wer ist der Erfinder? Wer hat es erfunden? –

(Beifall bei der SPD)

Überlegen Sie einmal, welche innovativen familienpolitischen Initiativen die CSU auf Bundesebene eingebracht hat. Ich erlaube mir hier, den Bogen in Richtung Bundesebene zu spannen, weil es in der Wahlkampfzeit erforderlich ist, die CSU mit ihrer Verantwortung nicht nur auf Landesebene zu packen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihnen Familien so wichtig sind, wie Sie das behaupten, dann leisten Sie endlich die entsprechende Arbeit dafür, und zwar auch auf Landesebene. Wenn Sie das nicht können oder nicht wollen, dann lassen Sie einfach die SPD ran.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Wir haben die Ideen. Gehen Sie einmal in einem ruhigen Moment in sich und lassen Sie die letzten Jahre Revue passieren. Betrachten Sie die gesamten politischen Entscheidungen auf Bundes- und auf Landesebene. Dann werden Sie sehen: Die SPD ist die Partei der Familien.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Familienland Bayern – das wollen wir auch. Das muss aber auch für Alleinerziehende, für Menschen mit kleinem Geldbeutel, für Menschen mit Handicaps und Behinderungen und natürlich für Menschen mit Migrationshintergrund gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von einem tatsächlichen Familienland ist Bayern noch weit entfernt. Gemessen am bayerischen Durchschnittseinkommen lag das Armutsrisiko Alleinerziehender im Jahr 2013 bei 42 %. Das betrifft in Bayern immerhin 170.000 Personen, in der Regel Mütter. Bis zum Jahr 2015 ist dieses Armutsrisiko sogar noch um 3,1 Prozentpunkte gestiegen. Das bedeutet, für diese große Gruppe hat sich die Lage verschlechtert statt verbessert.

Fast jede zweite Alleinerziehende in Bayern ist akut von Armut bedroht. Die Armut Alleinerziehender wirkt sich natürlich auch auf die Situation der in diesen Haushalten lebenden Kinder aus. Diese Schicksale fallen in Ihrem Familienland Bayern unter den Tisch. Dazu passt der Umstand, dass die Regierungsbank jetzt weitgehend unbesetzt ist. Offenbar interessiert die Staatsregierung das Thema nicht so sehr. Nebenan, im Senatssaal, informieren gerade die Betreuungsvereine. Die Betreuungsvereine unterstützen die Familien mit ehrenamtlichen Leistungen, wenn die Familien in Not sind, an

ihre Grenzen kommen und wenn sie Hilfen benötigen. Deshalb ist es notwendig, dass diese Vereine Geld für die Koordination, die Fortbildung und die Weiterbildung bekommen, um diese weitestgehend ehrenamtliche Arbeit leisten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben hier im Hause schon x-mal entsprechende Anträge gestellt. Diese Anträge sind immer wieder abgelehnt worden. Die Situation hat sich nicht verbessert. Das gilt natürlich auch für die Insolvenzberatung.

(Joachim Unterländer (CSU): Wir haben den Betrag dafür im Haushalt dreimal erhöht!)

– Hören Sie sich doch das einmal an! Sie müssen diese Mittel doch an die Situation der zu Betreuenden und an die Aufgaben anpassen.

(Joachim Unterländer (CSU): Dann sagen Sie doch nicht, es sei nichts passiert!)

Vielleicht haben Sie die Worte der Landtagspräsidentin gehört, die deutlich gesagt hat, sie hoffe, dass diese Botschaft aus dem Senatssaal beim Finanzminister und beim Ministerpräsidenten ankommen wird. Das hoffen wir auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder sind im angeblichen Familienland Bayern immer noch ein erhebliches Armutsrisiko. Nicht nur bei Alleinerziehenden, auch bei kinderreichen Familien liegt das Armutsrisiko bei etwa 20 %. Auch bei Kindern und Minderjährigen ist das Armutsrisiko generell überproportional hoch.

Die Quote der Sozialgeldempfänger im Familienland Bayern bei den Menschen unter 15 Jahren liegt bei 11,5 %. In Bayern leben allein 123.000 Kinder in ALG-II-Bedarfsgemeinschaften. Gegen Kinderarmut in Bayern sollte mehr getan werden; aber die Maßnahmen fehlen. Stattdessen gibt es in Bayern das Betreuungsgeld. Dieses Betreuungsgeld kommt bekanntlich denjenigen Familien, die darauf besonders angewiesen

sind, nicht zugute. Dieses Betreuungsgeld sollte nicht verwendet werden, um Familien, die ihre Kinder zu Hause erziehen, besserzustellen. Dieses Geld sollte in Bayern für den Ausbau von Einrichtungen für die frühkindliche Erziehung und für den Ausbau der Qualität in diesen Einrichtungen eingesetzt werden. Bei den letzten Maßnahmen wurde wesentlich weniger Geld für den Ausbau der Qualität und der Quantität der frühkindlichen Betreuung verwendet, dafür wurde ein Kindergartenjahr von den Gebühren freigestellt. Wir müssen hier wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen. Nur zu sagen, die Kita solle nichts kosten, reicht nicht. Die Maßnahmen dürfen nicht zulasten der Qualität und des Ausbaus gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dringend eine größere Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Christine Kamm (GRÜNE): Gut. Ausbau der Qualität und der Quantität unserer frühkindlichen Bildung statt Betreuungsgeld! Schluss mit der Zweckentfremdung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel, mit der das Betreuungsgeld querfinanziert wurde! Wir müssen uns stärker um die Familien kümmern, die in Not sind, statt ein Gießkannenprinzip für alle zu praktizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mir wirklich etwas mehr Mut und etwas mehr Visionen wünschen. Ich kann mir noch oft das Familienland Bayern malen oder herbeireden. Fakt ist, die Familien sind auch in Bayern vielfältig und unterschiedlich. Wir haben Alleinerziehende ebenso wie zwei Väter oder zwei Mütter. Wir haben neue Stiefväter oder neue Stiefmütter. Die Familie ist vielfältig. Umso wichtiger ist es, dass wir endlich das

Geld, besonders wenn es sich um Steuergeld handelt, dort einsetzen, wo es nötig ist, nämlich bei den Kindern. Wir müssen dafür sorgen und es muss unser Ziel sein, dass im reichen Deutschland kein Kind mehr mit einem Armutsrisiko aufwachsen muss.

Eines ist klar, und das zeigen auch die Entwicklungen: Es ist völlig unerheblich, wie viel Sie in Bayern noch auf die Transferleistungen draufpacken. Damit blähen Sie nur die Verwaltung auf. Ich nenne das Kindergeld, das Wohngeld und das Betreuungsgeld. Genau diese Transferleistungen helfen nicht. Sie sorgen nicht dafür, dass die Kinder vor dem Armutsrisiko geschützt werden. Im Gegenteil: Das Armutsrisiko steigt auch im reichen Bayern. Das für mich krasseste Beispiel finden Sie in der Stadt Schweinfurt. Schauen Sie sich da einmal die Daten an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen endlich neue Ansätze finden. Das geht nicht anders als mit einer richtigen Reform. Es gibt dazu schon ein ausgearbeitetes Modell. Es nennt sich Kindergrundsicherung. Alle Leistungen, die es für ein Kind geben kann, werden zusammengefasst. Das heißt, alles andere wird zugunsten einer Kindergrundsicherung abgeschafft.

Wissen Sie eigentlich, wie demütigend es zum Beispiel für eine Alleinerziehende ist, von einem Amt zum anderen zu rennen und die unterschiedlichen Leistungen zu erbiten? Wissen Sie, wie demütigend es für ein Kind ist, im Fußballverein ein sogenanntes ALG-II-Kind zu sein? Wir müssen endlich mutig sein, diese unzähligen Gesetze abzuschaffen; denn damit wäre den Alleinerziehenden ebenso wie den Eltern, die nicht heiraten wollen – auch das soll der Staat niemandem vorschreiben –, und vor allem auch unseren Kindern wirklich geholfen. Denn genau um die Kinder geht es, sie sind unsere Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke, Frau Kollegin Stamm. – Für die CSU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Trautner das Wort.

Carolina Trautner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast sollte man meinen, man kann in Bayern kein Kind mehr bekommen, Frau Kollegin Gottstein. Aber es gibt doch noch sehr viele, Gott sei Dank.

(Beifall der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Gleichwohl ist die Versorgung mit Hebammen in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit wieder thematisiert worden. Es ist in der Tat ein bedeutendes Thema. Es kann nicht oft genug betont werden, wie wichtig Hebammen für die Familien sind und welche wichtige Rolle sie in unserem Gesundheitswesen spielen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade in der sensiblen Phase vor, während und nach der Geburt unterstützen Hebammen die Eltern, ja die ganze Familie. Sie sind nicht nur bei der Geburt an sich dabei, sondern sie sind auch bei der Vorbereitung und der Nachsorge nicht wegzudenken. Gerade weil heute in vielen Familien wichtige Ansprechpartner wie die Großeltern nicht mehr zur Verfügung stehen, sind die Hebammen eine immens wichtige Stütze, um den Neugeborenen einen guten Start ins Leben zu geben, indem sie den Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dafür gebührt allen Hebammen und Entbindungspflegern ein ganz großes Dankeschön.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Genau aus diesem Grund ist für die CSU-Fraktion der Erhalt einer flächendeckenden Hebammenversorgung immens wichtig. Wir setzen uns voller Überzeugung für die berechtigten Anliegen der Hebammen ein und haben dabei schon einiges erreicht.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber nur einiges!)

Seit dem Jahre 2012 muss der Anstieg der Haftpflichtprämien bei den Vergütungsverhandlungen mit den zuständigen Verbänden berücksichtigt werden. Die Honorare für freiberufliche Hebammen sind in den Jahren 2013 und 2015 erhöht worden. Die Stei-

gerung der Berufshaftpflichtprämien bei den freiberuflichen Hebammen wird durch die gesetzlichen Krankenkassen vollständig ausgeglichen. Hebammen mit wenigen Geburten werden seit Juli 2015 durch einen dauerhaften Sicherstellungszuschlag finanziell entlastet. Ersatzansprüche gegenüber Hebammen können durch die Kranken- und Pflegekassen nur noch geltend gemacht werden, wenn vorsätzliche oder grob fahrlässige Behandlungsfehler vorliegen.

Unsere Staatsministerin Melanie Huml setzt sich auch im Bund nachdrücklich und unermüdlich für eine Verbesserung der Situation der Hebammenversorgung ein. Sie hat hierzu einen fachlichen Austausch zwischen allen Beteiligten zur Struktur der Geburtshilfe in Bayern eingeleitet. Hier sitzen alle an einem Tisch:

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber nicht in der gleichen Anzahl!)

die Krankenhausgesellschaft, die Ärztekammern, der Landkreistag, die Kassenärztliche Vereinigung und selbstverständlich auch die Berufsverbände der Hebammen und Gynäkologen.

Des Weiteren setzt sich die Ministerin bei den Verhandlungspartnern im laufenden Schiedsverfahren vehement für unser bewährtes Hebammenwesen ein, das in Bayern wesentlich ausgeprägter ist als in anderen Bundesländern.

Natürlich ist weiteres Handeln unbedingt erforderlich, und zwar gerade auch im Bund. Ich nenne hier beispielsweise die Möglichkeit von Sicherstellungszuschlägen für Geburtshilfestationen in Bayern für problematische Ausnahmefälle sowie die Prüfung, ob für geburtsbegleitende Ärzte vergleichbare Verbesserungen im Bereich der Haftpflicht erforderlich sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie schon mehrfach klargestellt wurde, sind weder die Arbeitszeit und das Leistungsangebot der freiberuflichen Hebammen in Bayern im Detail bekannt, noch hat das bayerische Gesundheitsministerium darauf Einfluss; denn Art und Umfang ihrer Berufstätigkeit, ob sie ausschließlich in der Vor- oder der

Nachsorge tätig sind, ob sie in Teilzeit oder in Vollzeit arbeiten, das alles liegt in der alleinigen Entscheidung der freiberuflichen Hebammen.

Deshalb hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im März 2017 eine Studie in Auftrag gegeben mit dem Ziel, genaue Daten zur tatsächlichen Situation der Versorgung mit Hebammenhilfe in Bayern zu erheben. Neben dem Stand der Versorgung mit freiberuflichen Hebammen soll dabei auch der regionale Bedarf an Hebammen erhoben werden; denn auch da gibt es selbstverständlich Unterschiede.

Außerdem werden auch die Familien befragt, wie sie die Hebammenversorgung in Bayern bewerten. Und natürlich wird bei der Studie der Bayerische Hebammen Landesverband e. V. mit eingebunden. Er hat seine Unterstützung auch bereits zugesagt.

Nun gilt es, die Ergebnisse der Studie, die Anfang 2018 vorliegen soll, abzuwarten, eingehend zu analysieren und schließlich die richtigen Schlüsse zu ziehen und entsprechend zu handeln. Der CSU-Landtagsfraktion ist es nämlich außerordentlich wichtig, dass für unsere Familien auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung aller Regionen in Bayern mit geburtshilflichen Leistungen sichergestellt ist.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Trautner. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabi Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Familienland Bayern?" – Dass dieses Fragezeichen berechtigt ist, Herr Kollege Unterländer, habe ich Ihren Ausführungen entnommen. Sie sagten, Sie wollten noch mehr tun. Aber was Sie machen wollen, haben Sie leider nicht gesagt. Da bleiben Fragezeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass Bayern im Moment ein Land mit vielen Familien ist, ist eigentlich allen klar. Dass wir trotzdem einen immensen Nachholbedarf in der Kinderbetreuung haben, muss Ihnen auch klar sein, wenn Sie sich ansehen, wo wir früher standen und wo wir jetzt stehen.

Was Ihre Wertschätzung den Familien gegenüber angeht, entnehme ich dem Ausspruch von Herrn Tauber in der vergangenen Woche: "Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, brauchen Sie keine drei Minijobs." Wer ist denn auf drei Minijobs angewiesen? – Das sind Alleinerziehende, das sind die Frauen, die von Altersarmut bedroht sind und schon in ihrer beruflichen Zeit herumkriechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dem Spruch entnehme ich Ihr Familienbild. Sie haben die Alleinerziehenden abgehängt, und Sie haben Familien mit mehreren Kindern abgehängt. Die Zahlen wurden schon genannt. Die Spitzengruppe sind allerdings die Alleinerziehenden, und das sind die mit den drei Minijobs.

Dass der Freistaat Bayern selbst auch nicht familienfreundlich handelt, sieht man schon an den Lehrern. Schade, dass jetzt auf der Regierungsbank niemand da ist.

(Zurufe von der CSU)

Die Lehrer sind befristet eingestellt und erhalten über den Sommer hinweg keinen Lohn. Aber sie haben doch gleichzeitig Familie.

(Zurufe von der CSU)

Ich kann auch noch andere Beispiele bringen. Ein Biberbeauftragter oder ein Kormoranbeauftragter – Thema Landwirtschaft – ist ebenfalls nur befristet angestellt. Wie will er da eine Familie ernähren? – Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist durchaus auch ein passendes Beispiel.

Alles, von dem Sie sich rühmen, dass es gut funktioniere, wird vom Zentrum Bayern Familie und Soziales abgerechnet. Aber selbst in diesem Familienzentrum, das diese Leistungen erbringt, gibt es befristete Stellen, und das Amt als solches ist unterbesetzt. Schaffen Sie hier bitte ein solides Fundament, und handeln Sie zumindest bei unseren staatlichen Mitarbeitern familienfreundlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bedarf an Kindergartenplätzen ist auch schon angesprochen worden. Sie sprechen nun von der Betreuung der Grundschulkinder als verpflichtend und flexibel. Das klingt in Ihrem Wahlprogramm ganz großartig. Dazu habe ich einmal zwei Juristen befragt; sie meinten, "verpflichtend" und "flexibel" würden nicht zusammengehen. Sie haben doch in Ihrer Partei viele Juristen. Lesen Sie doch bitte einmal nach, wie das funktionieren soll. Ich nenne nur München als Beispiel. Der Bedarf liegt bei 86 % der zu betreuenden Grundschulkinder; das Angebot beträgt gerade einmal 75 %. Holen Sie die Kommunen mit ins Boot, und unterstützen Sie die Kommunen; denn die Kommunen lösen ihre Versprechen ein.

Die letzte Information zum BayKiBiG auf Ihrer Homepage stammt vom 15. Februar 2013. So wichtig kann es anscheinend doch nicht sein. Zu dieser Zeit haben Sie sich mit Büchergeld und Studiengebühren, mit äußerst familienunfreundlichen Maßnahmen, beschäftigt. Diese Maßnahmen haben übrigens wir FREIE WÄHLER wieder mit zu Fall gebracht. Damit unterstützen Sie keine Familien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht in Angriff genommen wurde das Familiensplitting. Wir brauchen unbedingt das Familiensplitting. Ohne Kinder gibt es keine Familien, sondern nur Partnerschaften. Ein Kind kostet so viel wie ein Einfamilienhaus. Deshalb besteht bei der Familienförderung noch sehr viel Handlungsbedarf. Vom Kindergarten bis zum Studium müssen die Familien unterstützt werden.

Ich danke allen denen, die die Familien wirklich unterstützen. Die Kollegin Kamm hat gerade die Betreuungsvereine erwähnt. Zur Unterstützung der Familien gehören auch die Familienzentren, die Schuldnerberatungsstellen und viele weitere Stellen. Jeder, der für die Familien arbeitet, hat in den letzten Jahren nicht genug Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Anträge dazu haben Sie, Herr Unterländer, immer wieder abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Anträge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur Teilzeitausbildung haben Sie immer und immer wieder abgelehnt. Dafür gibt es aber großartige Programme. Bitte unterstützen Sie wenigstens das Coaching für Familien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das alles sind ganz viele Mosaiksteine.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Ende.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Danke dafür, dass Sie jetzt auch das Baukindergeld wollen. Wir wollen es schon lange, aber in Höhe von 2.000 Euro und nicht von 1.200 Euro. Sie lernen aber dazu.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, die Zeit ist abgelaufen.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sagen Sie es Ihrem Generalsekretär: Minijobs haben Frauen, und er soll froh sein, dass sich die Frauen so über Wasser halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schmidt. – Nächster Redner ist Herr Kollege Vogel. Bitte schön, Herr Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der festen Überzeugung, dass der Begriff "Familienland Bayern" absolut zutreffend ist. Das Wichtigste ist, dass die Menschen in Bayern Beschäftigung haben. In dem Moment, in dem wir mehr Wohlstand und weniger Insolvenzen haben, haben

wir auch weniger Bedarf an Schuldnerberatung. Das A und O ist daher eine gut funktionierende Wirtschaft, und die haben wir in Bayern. Das ist objektiv messbar. In keinem anderen Land Deutschlands geht es den Menschen besser als bei uns.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie die Armutsgefährdungsquote in Bayern erwähnen, bitte ich Sie auch zu berücksichtigen, dass wir uns in Bayern nicht auf einer Insel, abgetrennt von der Situation im restlichen Deutschland, befinden, sondern dass es immer Vergleiche gibt. Die Bertelsmann Stiftung hat eine Studie durchgeführt, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Himmelsrichtung auf der Deutschlandkarte, in der wir wohnen, dafür entscheidend ist, wie hoch das Armutsrisiko ist. In dieser Studie ist nachgewiesen, dass innerhalb Deutschlands das Armutsrisiko in Bayern mit Abstand am geringsten ist. Deshalb habe ich vorher die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskraft genannt. Eine gute Wirtschaft mit einer hohen Beschäftigungsquote sichert Einkommen für unsere Familien. In Bayern ist das Armutsrisiko für die Kinder am niedrigsten. Sie können die Statistik drehen und wenden, wie Sie wollen.

Ich wundere mich ohnehin immer über diese Statistik. Ich nenne Ihnen ein Beispiel dafür, dass die Statistik hinkt. Wenn wir jedem bayerischen Bürger von heute auf morgen das Doppelte an Geld geben würden, würde sich nach der Statistik die Armut verdoppeln. Das ist doch grotesk. Jeder Bürger hat subjektiv das Doppelte in der Tasche, aber nach Ihrer statistischen Auslegung vergrößert sich die Armut in Bayern. Ich bin darüber erschüttert.

Ich glaube, dass die Akzeptanz der SPD wie auch der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN bei der bayerischen Bevölkerung deshalb so niedrig ist, weil die Realität und deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung ganz anders sind. Wenn uns die Menschen in Bayern heute zuhören – ich hoffe, das tun sehr viele –, dann fragen sie: Von welchem Land reden wir eigentlich? Frau Rauscher spricht davon, dass es traurig sei, wie es den Familien in unserem Land geht. Sie wirft uns Realitätsverlust vor. Aber

nirgendwo in Deutschland geht es den Kindern und jungen Menschen in den Familien besser als bei uns. Das sieht man daran, dass die Familien mit dem Umzugswagen abstimmen. Wir haben in Ballungsgebieten vor allem deshalb Probleme mit der Kinderbetreuung, weil wir einen großen Zuzug junger Menschen verzeichnen, die in Bayern bessere Lebensperspektiven haben als im Rest Deutschlands. Deshalb sind Ihre Ausführungen falsch. Ich werfe Ihnen das nicht einmal vor, aber ich befürchte, Sie glauben sogar das, was Sie sagen.

(Doris Rauscher (SPD): Ja, natürlich!)

Sie sagen, in den letzten drei Jahren sei in Bayern nichts passiert. Soweit ich weiß, lag der Basiswert bei Erlass des BayKiBiG bei 767 Euro. Mittlerweile liegt er bei circa 1.150 Euro. Mit Qualitätsbonus liegt er bei ungefähr 1.180 Euro. Das ist eine Steigerung um 55 %. So viel mehr Mittel als vor zehn Jahren werden für die Betreuung eines einzelnen Kindes eingesetzt. Allein im Jahr 2015 haben wir die Beitragsentlastung verändert und dieses Geld den Kindertagesstätten mit der Maßgabe "Qualität vor Kostenfreiheit" zur Verfügung gestellt. Sie behaupten – im Protokoll ist es jetzt nachlesbar –, in den letzten drei Jahren sei nichts passiert. Wir haben an unsere Kindertagesstätten eine Sonderzuweisung im Umfang von 126 Millionen Euro gegeben.

Sie sagen, bei der Qualität sei nichts passiert.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sie hat gesagt, es sei zu wenig passiert!)

– Nein, sie hat gesagt, es ist gar nichts passiert. – In den letzten drei Jahren sind die Qualitätsbegleiter geschaffen worden. Ich rede von den Ausführungen von Frau Rauscher. Wir haben 81 Qualitätsbegleiter in den bayerischen Landkreisen, die die Kindertagesstätten bei der Entwicklung ihrer Qualität begleiten. Sie behaupten aber, es sei nichts passiert.

(Doris Rauscher (SPD): Annähernd nichts ist passiert!)

Das ist Realitätsverlust. Schauen Sie sich die Zahlen an, schauen Sie sich Ihre Aussagen an, und dann wissen wir, wer unter Realitätsverlust leidet und wer nicht.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben Manuela Schwesig als Musterbeispiel für Familienpolitik in Deutschland genannt und ein ganz düsteres Bild von der Kinderbetreuung in Bayern gezeichnet. Wir haben in Bayern ein Betreuungsverhältnis von 1 : 9. Damit sind wir nicht optimal. Wir liegen auf Platz 5 oder 6 von 16 Bundesländern in Deutschland. Das Bundesland mit dem absolut schlechtesten Verhältnis, nämlich mit 1 : 14, ist Mecklenburg-Vorpommern.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Steffen Vogel (CSU): Wenn wir diese Quote in Bayern hätten, würden wir von Kindeswohlgefährdung sprechen. Das, was für die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern Alltag ist, ist in Bayern Kindeswohlgefährdung. Deshalb lassen wir uns von Ihnen Manuela Schwesig nicht als Musterbeispiel vorhalten. Bayern hat sich bei der Familienförderung überhaupt nichts vorzuwerfen. Wir investieren kraftvoll in die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss. Die Zeit ist abgelaufen.

Steffen Vogel (CSU): Wir haben das Betreuungsgeld. Wir haben das Landeserziehungsgeld. Das hat kein anderes Bundesland. Das wissen vor allem die jungen Menschen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, Sie haben jetzt eine Minute überzogen.

Steffen Vogel (CSU): Deshalb kommen sie mit dem Umzugswagen nach Bayern, weil die Perspektiven in Bayern besser sind als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich bitte herzlich darum, auf die Hinweise zum Ende der Redezeit zu achten. Wenn man bei fünf Minuten eine Minute überzieht und dreimal ermahnt wird, ist das ziemlich viel. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Brendel-Fischer. Bitte schön, Frau Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Opposition wurde heute immer wieder moniert, dass die Ganztagsbetreuung an unseren bayerischen Schulen mangelhaft sei. Die darüber veröffentlichten Daten auf Bundesebene spiegeln häufig ein Bild wider, das absolut nicht zutrifft. Wir haben unser eigenes Made-in-Bavaria-Modell geschaffen, das nicht aus einem rein verschulerten Ganztagsbetrieb besteht, sondern ein flexibles Angebot darstellt, das insbesondere auch den Elternwünschen sehr entgegenkommt. Wir setzen auf ein flexibles und weniger auf ein verpflichtendes Ganztagsangebot. Damit fahren wir sehr gut. Liebe Frau Rauscher, wir haben dieses Modell nicht vor einer Wahl initiiert, sondern seit 2013 entwickelt und 2015 umgesetzt. Es ist sehr gut und wird in allen Kommunen sehr gelobt; denn wir haben diese Form der offenen Ganztagsbetreuung auf unsere Grundschulen ausgeweitet. Es wurde unter anderem ein Sondermodell geschaffen, das eine Kombilösung zwischen Schule und Jugendhilfe darstellt

(Zuruf von der SPD)

Wir wollen vor allem nicht, dass unsere bewährte Hortstruktur durch unsere Ganztagsangebote baden geht, wenn Schulen mit den Ganztagsangeboten konkurrieren würden.

(Zuruf von der SPD)

Mit dieser Idee wollen wir weitermachen. Wir haben sie in das gemeinsame Wahlprogramm mit der CDU eingespeist. Wie viele Bundesländer sich in diesem Sinne weiterentwickeln, wird man sehen.

Darüber hinaus werden wir erfreulicherweise im kommenden Schuljahr nicht nur den Ausbau dieses Angebots vorantreiben, sondern bei den Personalkosten entsprechend nachsteuern. Wir haben also das Budget um insgesamt 8,75 % erhöht, sodass wir im Jahr 20 Millionen Euro mehr für diese wichtige Infrastrukturmaßnahme einsetzen werden. Damit erreichen wir die im Bayernplan 2013 für das kommende Jahr angekündigte Garantie. Das wurde heute wieder infrage gestellt. Wir werden es aber schaffen, dass ab dem kommenden Schuljahr 2017/2018 alle Kinder bis 14 Jahre ein Betreuungsangebot wahrnehmen können, wenn sie es denn möchten.

Im Übrigen möchte ich, da dieses Thema heute auch in einigen Beiträgen angeklungen ist, darauf hinweisen, dass die Kinderbetreuung vornehmlich Aufgabe der Kommunen ist. Wir unterstützen die Kommunen energisch und so gut wir können. Aber die Initiativen müssen von den Kommunen kommen. Wir können nicht helfen, wenn, wie so oft, in Ballungsräumen manches frühzeitig versäumt wurde.

Was das Fragezeichen im Titel Ihrer Aktuellen Stunde "Familienland Bayern?" bedeuten soll, erschließt sich mir nicht. Ich würde für die CSU sagen: Wir sind – mit drei Ausrufezeichen – ein "Familienwohlfühlland!!!".

(Beifall bei der CSU)

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns immer die Verbindung von Familien- und Frauenpolitik. Ich möchte nur auf die deutlichen Fortschritte hinweisen, die wir im öffentlichen Dienst in vorbildlicher Weise für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht haben. Diese wollen wir weiterentwickeln. Die Wirtschaft hat sich hier einiges abgeschaut. Ich muss aber auch einräumen: Der Fachkräftemangel spielt natürlich bezüglich der Wünsche nach mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Die Arbeitgeber sind heutzutage in der Regel viel eher bereit, auf individuelle

Wünsche von Frauen und insbesondere von Eltern, einzugehen, als dies früher der Fall war. Das ist gut so.

Wir konnten in Bayern in den letzten zehn Jahren eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr schaffen. Auch das ist wichtig. Im diesem Jahr haben wir mit 5,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einen Höchststand erreicht. Angesichts dieser Tatsache kann man nicht davon ausgehen, dass in Bayern sämtliche Menschen an der Armutsgrenze leben. Deshalb wollen wir nicht nach dem Gießkannenprinzip vorschnell staatliche Leistungen verteilen. Vielmehr sind wir der Meinung, dass die Menschen dann, wenn es ihnen gut geht, eigene Beiträge aufbringen können. Bei eigenen Beiträgen werden diese Angebote mehr wertgeschätzt, als wenn sie der Staat zum Nulltarif bereitstellt.

Auch das Rollenbewusstsein wurde in einigen Wortbeiträgen immer wieder angesprochen. Hier kann der Staat nicht eingreifen; denn der Rollenwandel, also die jeweilige Lösung der Fragen, wer Teilzeit oder Vollzeit arbeitet, wie man sich die Arbeitszeit in einer Partnerschaft oder Familie gut aufteilt, damit es für jeden eine gute Dauerlösung oder einen entsprechenden Mehrwert beim Rentenertrag usw. ergibt, ist eine private Entscheidung. In diese Entscheidung kann der Staat nicht hineinpfeifen; denn das ist Eigenverantwortung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Brendel-Fischer, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie sind schon eine halbe Minute über der Redezeit.

(Zuruf von der SPD)

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): – Ich bin schon gewarnt, genau, und möchte zum Schluss nochmals auf das Wahlprogramm für die Bundestagswahl zu sprechen kommen. Hier haben wir mit der Mütterrente einen weiteren Aufschlag vor uns. Mit unserem bayerischen Modell, also dem Baukindergeld, dem erhöhten Kindergeld und einer Betreuungsgarantie, werden wir in Zukunft gute Lösungen erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Brendel-Fischer. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Frau Staatsministerin Müller. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf Ihre Frage ist klar und unmissverständlich: Ja, Bayern ist das Familienland Nummer eins.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist Familienland, weil hier Familien die besten Arbeits- und Lebensbedingungen haben – besser als in jedem anderen Land, nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus in Gesamteuropa. Das ist unsere derzeitige Situation: Wir haben Vollbeschäftigung, eine Arbeitslosenquote von 3,0 %, und haben die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. Bayern bietet damit die besten Beschäftigungsbedingungen aller Länder, gerade auch jungen Menschen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir verzeichnen die höchsten verfügbaren Einkommen aller Flächenländer. Nirgendwo in Deutschland sind weniger Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Bayern ist so gut wie nie zuvor. Das sage ich immer wieder. Ich habe dies auch das letzte Mal in meiner Regierungserklärung genau definiert. Daran möchte ich Sie erinnern. Ich hoffe, Sie haben es nicht vergessen. Von dieser hervorragenden Situation profitieren insbesondere unsere Familien.

Ich freue mich sehr, dass auch die Geburtenrate gestiegen ist und wir jetzt 1,5 Kinder pro Frau haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 gehen fast fünf Milliarden Euro in die Familienpolitik. Wir finanzieren damit Familienleistungen, die es anderswo in dieser Art

und Weise nicht gibt. Wir bauen das Landeserziehungsgeld nicht ab, sondern aus und stärken gerade Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Wir stellen mit dem Bayerischen Betreuungsgeld Wahlfreiheit sicher; der Erfolg gibt uns recht. Das kann man schlechtreden, wie man will – die Eltern entscheiden. Wir haben seit dem 22. Juni 2016 rund 154.000 Anträge bewilligt und über 222 Millionen Euro an die Eltern ausbezahlt. In Bayern beantragen mehr als 76 % der Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern das Betreuungsgeld. Ich finde, das ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte aber auch erklären: Betreuungsgeld und Kinderbetreuung sind für uns keine Gegensätze, sondern echte Alternativen. Deshalb unterstützen wir den Ausbau und Betrieb der Kinderbetreuung im Jahr 2017 mit 1,7 Milliarden Euro. Damit unterstützen wir konkret die Kommunen; denn die Kinderbetreuung ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Das möchte ich hier erneut in aller Deutlichkeit sagen. Auch der Herr Kollege Vogel hat dies vorhin erwähnt.

Ich darf auch sagen: Wir bauen die Angebote weder beliebig noch nach Quoten, wie es manchmal verlangt wird, sondern nach dem konkreten Bedarf aus.

Liebe Frau Rauscher, ich habe schon darauf gewartet, dass die 33.000 fehlenden Kitaplätze angesprochen werden. Ich weiß nicht, woher die Zahl stammt. Ich kann mir diese Zahl, die Sie immer nennen, nicht mit Sicherheit erklären, möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass wir bedarfsgerecht ausbauen. Das klappt nicht in den großen Städten, allen voran in der Stadt München. Ich muss dazu auch immer wieder fragen: Wer steht an der Spitze dieser Stadt, und wer hat dies in der Hand? Die Antwort können Sie sich selber überlegen. Wir legen jetzt mit einem vierten Sonderinvestitionsprogramm nach und investieren auch weiter in den Ausbau der Kitas und in die Qualität der frühkindlichen Bildung.

Wir haben eine BayKiBiG-Kommission installiert, ein Fachgremium, in dem Träger und Kommunen darüber beraten, wie wir unsere Kitas verändern wollen. Deswegen bin ich

der Überzeugung, dass wir gut aufgestellt sind. Wir bessern ständig nach. Wir wollen, dass Kinder qualitativ hochwertig und bestens betreut sind. Deshalb investieren wir auch im Rahmen der frühkindlichen Bildung in die Qualitätsbegleiter. Das wird gut angenommen. Die Kita-Einrichtungen sind ganz begeistert von den Ratschlägen der Qualitätsbegleiter und dem guten Miteinander mit der Kita-Führung.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Digitalisierung für Familien und Kinder. Mit dem Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik – das war heute ein großes Thema – setzen wir Maßstäbe für die Qualifizierung unserer Fachkräfte.

Wir stärken Eltern ganz konkret in ihrer Erziehungskompetenz durch unser flächendeckendes Netz von Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Ich darf Ihnen auch sagen, wie viele wir haben; das ist vorhin infrage gestellt worden: Wir haben 180 Erziehungsberatungsstellen, 130 Familienberatungsstellen und 116 Familienstützpunkte. Wir unterstützen die Eltern ebenfalls durch unsere Koordinierenden Kinderschutzstellen. Diese befinden sich an jedem Jugendamt flächendeckend in ganz Bayern. Ich möchte schon betonen: Wir sind super aufgestellt. Wir wollen mit den Eltern gemeinsam die Herausforderungen der nächsten Zeit auch im Hinblick auf die Kinderbetreuung meistern.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist auch deshalb Familienland, weil junge Menschen hier die besten Bildungschancen haben. Mit unserem differenzierten Bildungssystem bieten wir allen Kindern die Möglichkeit, sich nach ihren Talenten und Fähigkeiten zu entfalten. Mit dem Bildungspaket investieren wir gezielt in die Zukunft unserer Kinder vom Kindergarten bis zum Berufsabschluss. Bayern ist damit auch Vorbild und Taktgeber für die Familienpolitik im Bund. Auf Bundesebene haben wir bereits die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses realisiert, liebe Frau Rauscher. Das hilft unseren Alleinerziehenden. Wir haben außerdem eine Reihe von Vorschlägen für die

Bundespolitik. In dem Regierungsprogramm, das von CDU und CSU verabschiedet worden ist, haben wir das stärkste Familienpaket seit Jahren aufgelegt.

Familien brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode Familien steuerlich entlasten. Wir wollen das Kindergeld erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. Das ist der Einstieg in das Kindersplitting. Das muss man doch in aller Deutlichkeit sagen. Auf diese Weise helfen wir allen Familien, insbesondere denjenigen mit einem geringen oder mittleren Einkommen. Wir helfen vor allem den Alleinerziehenden und den kinderreichen Familien, wenn das Kindergeld vernünftig erhöht wird. Wir gehen von 25 Euro pro Kind und Monat aus. Von der Kindergelderhöhung profitieren 17,5 Millionen Kinder und ihre Eltern.

Nichts schafft mehr Sicherheit als die eigenen vier Wände. Das ist von den Kolleginnen und Kollegen bereits angesprochen worden. Wir wollen das Baukindergeld und Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer einführen, damit Familien Vermögen aufbauen und sich ein Zuhause schaffen können.

Wir wollen die Mütterrente weiter ausbauen; denn Kinder dürfen kein Risiko für Altersarmut sein. Deshalb ist der dritte Rentenpunkt für uns ganz wichtig, auch für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir sagen es Ihnen immer wieder!)

– Frau Gottstein, ich freue mich sehr, dass Sie das immer wieder gebetsmühlenartig betonen. – Familien brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung in der Krippe und in der Kita, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Diese Verlässlichkeit der Kinderbetreuung muss auch in der Grundschule gewährleistet sein. Deswegen haben wir mit der Ganztagsgarantie in Bayern die Weichen richtig gestellt. Wir wollen nun einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter einführen. Dabei werden wir die Flexibilität sowie die Vielfalt der bestehenden Möglichkeiten, die wir in Bayern vom Hort bis zur Betreuung in Kindertageseinrichtungen haben, selbstverständlich beachten. Mit dem Rückenwind eines Rechtsanspruchs und einer finanziel-

len Beteiligung des Bundes können diese Maßnahmen optimiert, ausgebaut und beschleunigt werden. Darauf werden wir auch drängen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist außergewöhnlich gut. Das kommt unseren Menschen vor Ort zugute. Eines ist klar: In Bayern lassen wir niemanden im Stich. Wir lassen niemanden im Regen stehen. Deshalb kümmern wir uns um Langzeitarbeitslose und um alle Familien. Wir werden den für Bayern entwickelten ganzheitlichen Ansatz CURA in die Fläche bringen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es der richtige Ansatz ist, die ganze Familie mit ihren Bedürfnissen im Kampf gegen die Vererbung von Hartz-IV-Karrieren in den Blick zu nehmen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns widmen müssen, damit wir den Sockel der Langzeitarbeitslosen auf Dauer abbauen können.

Kein Land unterstützt Familien mehr als Bayern. Kein Land tut mehr für die Wahlfreiheit als Bayern. In keinem anderen Land haben Familien bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Deshalb sind wir das Familienland Nummer eins. Das möchte ich zum Schluss noch einmal deutlich betonen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.